AZA 8416 Flaach
(Adressänderungen:
Postfach 23, 8416 Flaach)

36. Jahrgang, Nr. 12, Freitag, 27. Juni 2014

www.schweizerzeit.ch

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative Zeitung für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

Christoph Blochers Wägitaler Rede (Auszüge)

Auf dem Weg in die Diktatur?

Der Wille der Bürger, die Meinung des betroffenen Souveräns wird in Bundesbern nicht mehr akzeptiert. Die direkte Demokratie wird ausgehebelt. Das Ziel ist der schleichende EU-Beitritt.

Dank der siegreichen Abstimmung vom 6. Dezember 1992 ist die Schweiz heute nicht Mitglied der Europäischen Union. Noch stehen wir hier als Bürger eines freien Staates. Darum dürfen wir heute Abend als Bürger eines eigenständigen, unabhängigen Staates zusammenkommen, wo seit Hunderten von Jahren die Schweizer selbst bestimmen, was hier geht, und zwar in direkter Demokratie an der Urne.

Frei dank EWR-Nein

Dank der damaligen Ablehnung von Volk und Ständen bei einer Rekordstimmbeteiligung von 78,7 Prozent ist unser Land – all den Drohungen der damaligen Classe Politique zum Trotz – unabhängig, frei und in ansehnlicher Wohlfahrt geblieben.

Im Gegensatz dazu erwies sich die damals von der Classe Politique viel gelobte EU als intellektuelle Fehlkonstruktion. Wir sehen dort nicht die damals versprochene Vollbeschäftigung, sondern Arbeitslosigkeit. Nicht blühende, sondern bankrotte Staaten. Keinen Wohlstand, sondern eine tiefe Schuldenkrise.

Christoph Blocher im Wägital

Nicht die damals vorausgesagte Abschottung und Isolation der Schweiz wurde Tatsache. Nein. Vielmehr strömten seither Hunderttausende von Europäern in die Schweiz. Warum? Weil sie Arbeit und bessere Lebensbedingungen vorfanden.

Volksrechte werden ausgehebelt

Doch wer glaubt, die offizielle Schweiz würde sich jetzt über die erhaltene Freiheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit in dankbarer Bescheidenheit freuen, sieht sich getäuscht. Unsere Regierung und die Mehrheit des Parlamentes wollen sie wieder kaputt machen.

Volksentscheide werden nicht mehr umgesetzt. Die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative wird nicht vollzogen. Die kriminellen Ausländer sind noch immer da – dabei hat der Souverän vor

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Die Zeit ist reif für gute Ideen
Prof. Thorsten Polleit im «Schweizerzeit»-Interview über Irrwege der Geldpolitik *Seite 5*

Rückschritt Sozialstaat
Pierre Bessard kritisiert den aufgeblähten Wohlfahrtsstaat und zeigt Alternativen auf. *Seite 7*

Rassismus-Vorwurf
Wie Mobbing an einer Lehrperson im Kanton Basel-Land fasst im Freitod endete. *Seite 9*

Vier SRG-Fernsehteams besuchten die «No»-Billag-Pressekonferenz – ohne entsprechende Berichterstattung: Weisung von oben?

Fortsetzung von Seite 1

vier Jahren beschlossen, diese auszuweisen. Die Durchsetzungsinitiative wird ebenfalls auf die lange Bank geschoben.

Völkerrecht vor Landesrecht?

Obwohl am 9. Februar das schweizerische Volk einen entscheidenden Pflock eingeschlagen hat und der exorbitanten Massenzuwanderung einen Riegel geschoben hat, wird gegen den Volkswillen gehandelt.

Das internationale Recht – also fremdes Recht – wird eigenmächtig über das geltende Landesrecht – also eigenes Recht – gesetzt. Völkerrecht soll mehr gelten als Schweizer Recht. Ausländische Machthaber sollen über uns herrschen. Wo bleibt eigentlich die Volksherrschaft – die direkte Demokratie? Welcher Staatsform entspricht das, wenn ein Einzelner oder eine regierende Gruppe ihre eigene Meinung gegenüber der Meinung der Mehrheit der Bürger durchsetzt? Das nennt man eine Diktatur.

«Jetzt ist Schluss»

Meine Damen und Herren, darum stehe ich hier, und darum sind Sie heute hierher gekommen, um laut und deutlich durch das Schweizerland nach Bern zu rufen: «Das lassen wir nicht zu.» Jetzt ist Schluss mit all den üblen, undemokratischen, an Diktaturen erinnernden Ränkespielen!

Beim geplanten Rahmenvertrag zur institutionellen Anbindung der Schweiz an die EU wiederholt sich die EWR/EU-Abstimmung von 1992. Dieser Rahmenvertrag soll uns – wie damals der Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) – in die EU führen! Und dies gilt es zu verhindern, damit die schweizerische Unabhängigkeit gewahrt bleibt.

Erneut stehen wir also vor der Schicksalsfrage: Schweizervolk – wie hältst du es mit der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung? Schweizervolk, wählst du die Anpassung oder den Widerstand?

«Renovierung der bilateralen Verträge»

Höchste Wachsamkeit ist angesagt. Wir haben uns jetzt auf die Volksabstimmung vorzubereiten! Unterschätzen wir die Situation nicht. Wie 1992 wird man in Bern sagen: «Es geht nur um die Renovierung der bilateralen Verträge.» Keinesfalls wolle man in die EU. Es gehe nur um den bilateralen Weg. Dass dieser in die EU führen wird, wird man selbstverständlich verschweigen oder bestreiten. Darum hat sich rechtzeitig das «Komitee NEIN zum schleichenden EU-Beitritt» gebildet.

Natürlich weiss man heute in Bundesbern, und das wissen alle Politiker, Wirtschaftsverbände und kleinkarierte Unternehmer, dass das Schweizer Volk nicht in die EU will. Noch nie seit es Umfragen gibt, wollten so wenige Schweizer in die EU.

Fremdes EU-Recht übernehmen?

Jeder Politiker weiss auch, dass der bevorstehende Rahmenvertrag, der in den kommenden Monaten vors Volk kommt, die Schweiz verpflichten wird, fremdes – auch künftiges, heute noch unbekanntes – EU-Recht automatisch zu übernehmen und den EU-Gerichtshof als Gerichtsinstanz anzuerkennen.

Fremdes Recht und fremde Richter sollen unseren Rechtsraum füllen. Nicht mehr durch den Willen des Volkes, sondern nach dem Willen fremder Staaten soll die Schweiz leben! Damit erfolgt ein Anschluss der Schweiz an die EU – gegen den ausdrücklichen Willen des Volkes.

Bundesrat und Parlament wissen natürlich, dass Volk und Stände einem EU-Beitritt nie zustimmen würden! Darum übernimmt man alles, damit das Volk einen EU-Beitritt nicht verhindern kann. Deshalb soll die direkte Demokratie abgeschafft werden.

Verfassungsbrüchiges Bundesgericht

So hat sich auch unser höchstes Gericht auf diesen Weg begeben: Das Bundesgericht hat unlängst offiziell entschieden, internationales Recht gehe dem Schweizer Recht vor. Ausgerechnet beim ablehnenden Entscheid zur Ausweisung eines mazedonischen Drogenhändlers erhoben die Bundesrichter das nicht zwingende Völkerrecht zum Mass aller Dinge. Sie stellen damit nicht nur das zwingende Völkerrecht wie Verbot von Folter, Genozid, Aufhebung des Sklavenverbotes usw., sondern generell das internationale Recht über das vom Volk genehmigte Landesrecht. Die Stimmbürger können demnach beschliessen, was sie wollen: Es gilt nicht mehr ihr eigenes Recht, sondern das fremde Recht.

Dieses Urteil bedeutet einen Verfassungsbruch. Denn Artikel 2 unserer Bundesverfassung verpflichtet auch das Bundesgericht, «die Freiheit und die Rechte des Volkes» ebenso wie die «Unabhängigkeit des Landes» zu wahren.

Wie war es aber 1999, als man das Schweizer Volk von einer Revision der Bundesverfassung überzeugen musste? In der Botschaft zu jener Abstimmung hiess es, es sei «bewusst darauf verzichtet worden, die Streitfrage betreffend das Verhältnis von Völkerrecht und Bundesrecht im Rahmen der Nachführung zu klären». Auch sei – so wurde versichert – die neue Bundesverfassung «nicht auf einen Integrationsschritt ausgerichtet» und darum bewusst «europaneutral». Wenn nun das Bundesgericht die Europäische Menschenrechtskonvention generell als übergeordnet erklärt, verstösst es gegen die gemachten Versprechen und damit auch gegen «Treu und Glauben».

Missachtung des Volkswillens

Neustes Beispiel, wie der Wille des Volkes ausgeschaltet werden soll, sind die Bestrebungen, wie der Zuwanderungsartikel, den das Volk am 9. Februar 2014 beschlossen hat, nicht umgesetzt werden soll. Worum geht's?

Am 9. Februar dieses Jahres hat sich die Schweiz von der bestehenden Personenfreizügigkeit verabschiedet. Gleichzeitig hat der Souverän den

Fortsetzung auf Seite 3

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI
POSCHIAVO/GR

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
E-Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

PERSÖNLICH EMPFOHLEN

Tüchtigkeit, Sorgfalt, Qualität, zuvorkommende Dienstleistung –
das hat die «Schweizerzeit» von den hier inserierenden Firmen erfahren.
Profitieren Sie von ausgewiesenen Leistungen!
Verlag und Redaktion «Schweizerzeit»

Fortsetzung von Seite 2

Bundesrat verpflichtet, das Ziel der Volksinitiative durch Verhandlungen mit der EU zu erreichen. Solche sieht der mit der EU abgeschlossene Personenfreizügigkeitsvertrag ausdrücklich vor.

Nun zeigt sich in Bundesbern aber klar: Man verhandelt in Wirklichkeit gar nicht mit der EU. Man tut nur so. Ziel ist, aus Brüssel möglichst schnell ein schroffes NEIN heimzubringen. Man wird dann sagen: «Wir können leider den Verfassungsartikel wegen Unmöglichkeit nicht verwirklichen!» D.h. man will die Massenzuwanderung behalten. Das ist die wahre Absicht des Politbetriebes in Bern.

Verantwortungslos

Eine jährliche Zuwanderung von 84 000 Personen – also in der Grösse der Städte Luzern oder St. Gallen – ist nicht verkraftbar. Deshalb ist die Zuwanderung zu beschränken, das hat das Schweizer Volk beschlossen. Allein die ersten vier Monate des Jahres 2014 verzeichnen erneut absolute Rekordzahlen der Zuwanderung. Darum ist das, was Bundesrat und die Mitte-links-Partei tun, verantwortungslos!

Ist es nicht bedenklich, dass heute in Bundesbern die gewählten Volksvertreter nicht mehr für das Volk einstehen? Sie sagen nicht, was sie denken. Sie denken nicht, was sie sagen. Und beim Sagen und Denken, denken sie erst noch nichts!

Es sind aber nicht nur Politiker und Beamte, sondern auch einzelne Unternehmer und Manager, denen es bei der Frage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des eigenen Landes an der nötigen Weitsicht fehlt. Um ihre wirtschaftlichen Vorteile für ihre Firmen zu retten, geben sie das Land preis.

Verführung

Die langfristigen Folgen – zum Beispiel bei der Personenfreizügigkeit – für das Land, für seine Sozialwerke, die Infrastrukturen und das politische Klima sind ihnen egal. Das war eigentlich bislang nicht die Eigenschaft schweizerischer Unternehmer. Wer ständig mit dem Auswandern und der Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland droht, ist ein schlechter Unternehmer mit schlechten Produkten oder ein Egoist, der will, dass sich die gesamte Schweizer Rechtsordnung, ja die ganze Schweiz seinen – vielleicht gar nicht wettbewerbsfähigen – Erzeugnissen anpasst.

Lassen Sie sich nicht von ausländischen Politikern verführen. In süssen Flötentönen bezeichnen sie sich als Freunde der Schweiz, die es ja nur gut mit uns meinen würden. Sie wollten uns und unserer Wirtschaft nur helfen, sagen sie. Sie geben vor, im Interesse der Schweiz zu sprechen. Und vergessen geflissentlich, dass wir unsere Interessen durchaus selber wahrnehmen können. Nach all den Schmeicheleien greifen sie recht bald zum Knüppel. Einer dieser Sorte ist etwa Joschka Fischer, Deutschlands einstiger grüner Aussenminister, dessen Oberflächlichkeit und Unkenntnis geradezu erschreckt. In einem «Blick»-Interview hat Fischer behauptet, wenn die Schweiz einbürgern würde wie in Deutschland, hätten wir nicht 23 Prozent Ausländer, sondern nur 9 Prozent. Der hohe Ausländeranteil sei also hausgemacht. In Wahrheit bürgert die Schweiz über dreimal mehr Menschen auf 1000 Einwohner ein als Deutschland.

Wir müssen uns also jede Strafpredigt mit falschen Zahlen verbitten. Vor allem von einem ehemaligen grünen Minister, der damals für die EU den Zuwanderungsvertrag mit der Schweiz unterschrieben hat, hätten wir mehr erwartet als falsche Zahlen.

Zum Rechten sehen

Man verfälscht Worte, intrigiert, tut so, als erfülle man den Volkswillen, um das Gegenteil zu tun und spannt mit fremden Mächten zusammen. Statt dem Ausland die Schweiz zu erklären und statt die Schweiz zu verteidigen, entschuldigt man sich für Volksentscheide.

Das muss ein Ende haben. Darum sind alle, die an der Unabhängigkeit der Schweiz, am Selbstbestimmungsrecht der Schweizer, an der direkten Demokratie, am Wohlstand der Schweiz – all den Grundwerten der schweizerischen Eidgenossenschaft – festhalten wollen, aufgerufen, endlich zum Rechten zu sehen!

Hütet Euch!

«Eidgenossen, hütet Euch am Morgarten», hiess es 1315 – also vor 700 Jahren. Heute heisst es: Hütet euch vor der Fremdbestimmung! Hütet euch vor der Fehlkonstruktion EU! Hütet euch vor dem schleichenden EU-Beitritt durch Bundesbern! Hütet euch vor den sich diktatorisch gebärdenden Staatsgewalten, die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung preisgeben.

Denken wir an den Alpsegen des Innerschweizer Älplers, der über Berge und Matten rief:

«Verschon eus, Gott, vor Sturm und Wind
und vor allne Bundesröt,
wo wieder z'Brüssel sind!»

Christoph Blocher

Schweizerzeit

Das Wort zur Woche:

Rot-grünes Zürich

Hafenkran statt Gripen

Schrott statt Sicherheit

«Schweizerzeit» – damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf.

Gratis-Probenummern:
«Schweizerzeit»
Postfach23, 8416 Flaach
Telefon 052 3013100
Fax 052 3013103
abonnement@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

Buchstabengetreu

Bundesrätin Simonetta Sommaruga verspricht an einer bundesrätlichen Pressekonferenz (20. Juni 2014) und in unzähligen daran anschliessenden Interviews hoch, heilig und hundertfach die «buchstabengetreue» Umsetzung der von

Volk und Ständen am 9. Februar 2014 angenommenen Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung.

Schön! Erfreulich!

Zwei Tage später wird ruchbar, dass im Bundeshaus eine «geheime Arbeitsgruppe» seit Wochen an der Arbeit ist. Ihr ist die Aufgabe übertragen, Mittel, Wege und Schleichwege zu finden, welche Abstimmungsresultate wie das Ja zur Initiative gegen Masseneinwanderung ein für alle Mal verunmöglichen sollen. Die Dame, die Volksentscheide buchstabengetreu umzusetzen verspricht, will also dem Stimmbürger gleichzeitig hinterrücks die Flügel stutzen, auf dass er niemals mehr ein dem Bundesrat widersprechendes Abstimmungsresultat Tatsache werden lassen kann.

Spalte rechts

Ungemein vertrauensfördernd, dieses Komplott gegen die Stimmbürger.

Und bevor sich Frau Sommaruga an die angeblich «buchstabengetreue Umsetzung» des Abstimmungsresultats vom 9. Februar macht, rennt sie zunächst einmal nach Brüssel – Monate bevor die Vernehmlassung zu dieser Initiative hier in der Schweiz beginnt. Monate bevor das hiesige Parlament in die Beschlussfassung darüber miteinbezogen wird. Und Monate bevor der Bundesrat auch nur den Anflug konkreter Umsetzungs-Ideen zu präsentieren in der Lage ist.

Frau Sommaruga rennt nach Brüssel, um sich von den EU-Funktionären den Tarif für die EU-genehme Umsetzung eines Entscheids des Schweizer Souveräns diktieren zu lassen. Die EU diktiert, was «buchstabengetreu» sein soll. Ihren Eid hat Frau Sommaruga als Bundesrätin zwar auf die Schweizerische Bundesverfassung und vor dem hiesigen Souverän abgelegt.

Wenn es der Frau Bundesrätin bei den Brüsseler Bürokraten besser gefällt als beim Schweizer Souverän, der die nach Brüssel drängelnde Landesregierung immer wieder stoppt, dann darf sie ruhig auch die Wohnungsnahme in Brüssel ins Auge fassen – auf Dauer. Ein Mitglied der Landesregierung, das Geheim-Arbeitsgruppen ans Werk schickt zwecks Unterminierung der direkten Demokratie in der Schweiz – das dürfte hierzulande, wenn es in Brüssel bleiben will, kaum tränenreich vermisst werden.

Ulrich Schlüer

Leserbriefe

«Wie allein will die Schweiz sein?»

«Tagesanzeiger»-Chefredaktor Res Strehle meint in seinem Artikel «Wie allein will die Schweiz sein?»: «Es sei daran erinnert, dass die historisch grösste Herausforderung, der Frieden in Europa, erst im supranationalen Massstab erreicht wurde.»

Das ist glatt gelogen. Der neue supranationale Massstab versucht, den Frieden für neue Machtkonzentrationen in Europa zu missbrauchen. Machtkonzentrationen, von denen die Völker die Nase gestrichen voll haben!

In der Hoffnung, ein paar ängstliche Gemüter mehr hinter das nationale Destruktionsfähnchen scharen zu können, visioniert Strehle: «Freien Zugang zum Dienstleistungssektor, Einigung auf gemeinsame Standards, Kooperation in der Forschung, Netze für Verkehr und Energie, das alles wird es im Alleingang nicht geben.»

Genau das, was alle friedfertigen Länder auf dieser Welt schon lange praktizieren und wollen, verhindert also die Existenz der supranationalen Macht Brüssel!

Alexander Steinacher,
Thalwil

Teufelsgas

Wir atmen aus und wieder ein
Und denken, unsre Luft sei rein.
Was ausgeatmet wird dabei,
ist Stickstoff und auch CO_2.

Beim Alphorn ist es ebenso:
Zwar machen uns die Töne froh,
doch wird viel CO_2 versprüht,
derweil das Alpenglühen blüht.

Und jede rechte Alpenkuh
brüllt immer wieder kräftig «Muh!»
Hierbei entweicht viel CO_2 –
ist das nun eine Kalberei?

Verböten wir das CO_2,
wär's mit der Herrlichkeit vorbei,
denn ohne wächst doch in der Tat
kein Gras, kein Baum, kein Feldsalat.

Getreide könnte nicht entstehn,
die Bäcker müssten baden gehn,
und weil die Tiere Grünes fressen,
könnt' man auch Fleisch und Milch vergessen.

Mit drei Zehntausendsteln der Luft,
ganz ohne Farbe, ohne Duft,
ist unser Kohlensäuregas
viel nützlicher als irgendwas.

Tragt Sorge drum zum CO_2,
das schuld am Klimawandel sei,
und glaubt nicht alles, was ihr hört,
denn viel davon ist schlicht gestört.

Der Autor wird nicht genannt
und bleibt lieber unbekannt,
denn die gegnerische Lobby
hasst den Dichter und sein Hobby.

Ja, ich möchte die «Schweizerzeit» alle 14 Tage in meinem Briefkasten. Damit ich die Fakten kenne und mir selbst ein Bild machen kann. Über unsere Zeit. Über unsere Schweizer Zeit.

Bestellschein

für ein Abonnement der «Schweizerzeit»

Name und Vorname

Strasse

PLZ / Wohnort

Geburtsjahr E-Mail-Adresse

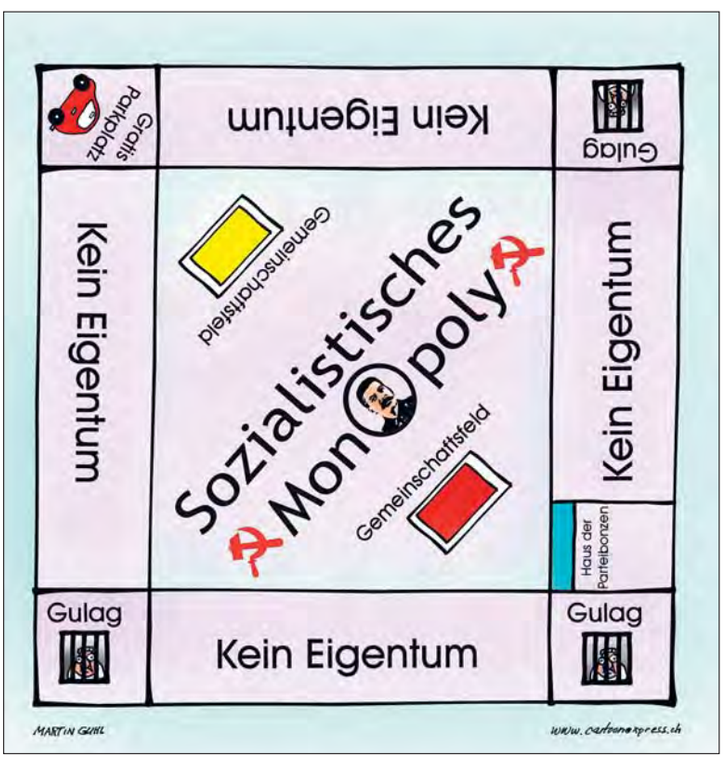
❑ Ich bestelle die «Schweizerzeit» im Abonnement.

❑ Ich bitte zunächst um Zusendung von Probenummern und entscheide dann, ob ich die «Schweizerzeit» abonnieren will.

Ausschneiden und einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch
Abonnementszahlungen Schweiz: Postkonto 84-3870-9
EU-Länder: Volksbank Jestetten eG, 79798 Jestetten
Konto 13250 00, BLZ 684 915 00

Abopreis Fr. 40.–/Euro 30.– bis Ende 2014
12/27. Juni 2014

…wills öisi Ziit isch



Churz&Bündig

Dem Komitee «gegen den schleichenden EU-Beitritt» sind bis 25. Juni 2014 über achtzig Organisationen und über 2300 Einzelmitglieder beigetreten. Einvernehmlich wurde beschlossen, dass das Komitee nur die Mitgliederzahlen veröffentlicht. Es liegt an den Mitglied-Organisationen selbst, ob und wann sie ihre Komitee-Mitgliedschaft bekannt geben wollen.

Das Komitee hält an seinem Beschluss fest – auch bezüglich der überaus erfreulichen Komitee-Beitritte von Journalisten. Oder glauben diese vielleicht, nur auf solchem Schleichweg zum EU-Schleichbeitritt Näheres in Erfahrung bringen zu können?

us

Wege aus der Überschuldungskrise

«Die Zeit ist reif für gute Ideen»

Interview mit Thorsten Polleit

Er schwimmt mit seinen Ansichten oftmals gegen den Strom. Thorsten Polleit, Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management, macht sich in Anbetracht der Geldschwemme und der «Zinsnullung» grosse Sorgen. Die «Schweizerzeit» besuchte den Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH für ein ausführliches Gespräch.

(Bild: «Schweizerzeit»)

Thorsten Polleit (Mitte) mit Ueli Schlüer und Olivier Kessler

«Schweizerzeit»: Die offiziellen Preisinflations-Zahlen scheinen stabil zu sein. Viele Menschen spüren aber, dass alles immer teurer wird. Liegen die Menschen völlig daneben mit diesem Gefühl?

Thorsten Polleit: Die Menschen, die dieses Gefühl haben, liegen gar nicht so falsch. Die Zentralbanken schaffen unablässig neues Geld. Das führt dazu, dass die Güterpreise sich fortwährend verteuern. Die Mehrheit der Bürger trägt den Schaden. Die Regierungen haben natürlich ein Interesse daran, die wahren Preisinflations-Zahlen zu verschleiern. Dies tun sie beispielsweise mit der Manipulation der Warenkörbe, mit denen die durchschnittliche Preissteigerung gemessen wird.

Schreckgespenst Deflation

Die Geldschwemme rechtfertigen Notenbanker mit dem Hinweis auf eine mögliche Deflations-Gefahr. Was halten Sie für wahrscheinlicher in den kommenden Monaten und Jahren: Eine Preisdeflation oder eine Preisinflation?

Eine Preisinflation. Die Deflations-Gefahr halte ich für eine Ausrede der Notenbanken, um weiter und noch mehr neues Geld ausgeben zu können. Sobald die Preise nicht mehr steigen, warnen Zentralbanker und die Befürworter der Inflation, vor allem Vertreter aus der Banken- und Finanzindustrie, vor der Deflations-Spirale, wonach eine Teufelsspirale in Gang gesetzt wird, in der die Preise immer billiger werden und alle mit dem Kauf ihrer gewünschten Produkte zuwarten. Das ist natürlich Angstmacherei.

Sinkende Preise sind also kein Grund zur Beunruhigung?

Sinkende Preise bedeuten mehr Wohlstand, weil man sich nun mehr Güter und Dienstleistungen mit seinem Vermögen leisten kann. Die Zentralbanken machen mit ihrer «Deflations-Bekämpfung» potenzielle Wohlstandsgewinne zunichte.

Ermöglicht wird eine gefährliche Deflation (also eine Geldmengenschrumpfung) nur durch vorhergehende Geldmengenausdehnung, in der Papiergeld in Umlauf gebracht wird, das durch keinerlei echte Ersparnis gedeckt ist. Es kommt zunächst zu einem inflationären Boom, der dann aber in einen deflationären Bust umkippt.

Brandstifter

Heisst das, dass die Zentralbanken aktuell den Brand bekämpfen, indem sie Benzin hineinschütten?

Genau. Sie legen die Saat für eine neuerliche Krise, schaffen mit ihrer Geldschwemme die Voraussetzungen für den nächsten wirtschaftlichen Zusammenbruch. Aus der letzten Finanzkrise wurde nichts gelernt. Anstatt die Märkte sich selbst zu überlassen und damit die unvermeidlichen Korrekturprozesse zuzulassen, werden die Anpassungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben durch die von Zentralbanken heruntermanipulierten Zinsen («Zinsnullung»). Die Korrektur wird umso heftiger ausfallen.

Inwiefern führt uns diese – speziell von der USA und der EU durchgesetzte– «Zinsnullung» denn wieder in eine Krise?

Die Tiefstzins-Politik, die die Zentralbanken im Interesse der Staaten und Banken durchsetzen, setzt den Zins als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument ausser Kraft. Die Folgen sind überaus weitreichend. Die Volkswirtschaften geraten als Folge der Zinsnullungs-Politk in eine Art Blindflug. Der künstlich gesenkte Zins führt dazu, dass alle Preise verzerrt sind, ob nun Aktienkurse, Rohstoff- oder Immobilienpreise. Verzerrte Preise führen zu fehlerhaften Investitions-Entscheidungen auf breiter Front. Knappe Ressourcen werden in falsche Verwendungen gelenkt. Es kommt geradezu zu einer Verschwendung. Der künftige Wohlstand fällt damit geringer aus, als er eigentlich ausfallen könnte.

Ein Lichtblick ist, dass eine grosse Zahl von Unternehmen den Verlockungen billigster Bankzinsen nicht erliegen. Viele konzentrieren sich derzeit auf die Selbstfinanzierung ihrer Projekte.

«Zinsnullung»

Wer sind die grossen Verlierer dieser Tiefstzins-Politik?

Ruinösen Schaden aus der Zinsnullung erleiden vor allem die Sparer. Weil mittlerweile die Teuerungsrate höher ausfällt als der Zins, werden ihre Ersparnisse entwertet. Das wird einen Rückgang der Sparbereitschaft zur Folge haben. Der Konsum steigt zulasten der Ersparnis. Nimmt die Ersparnis ab, so stehen weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung. Dadurch wird die tragende Säule für des Wohlstandes untergraben. Die negativen Folgen der Zinsnullung sind schlimm.

Wohin führt uns dieser Weg der heruntermanipulierten Zinsen?

Die Volkswirtschaften haben sich mit dem ungedeckten Papiergeld auf einen unheilvollen Pfad begeben. Die Kredit- und Geldarchitektur kann mittlerweile nur noch aufrecht erhalten werden, indem die Zentralbanken die Zinsen auf aberwitzige Niveaus herabdrücken und in Aussicht stellen, strauchelnde Banken und Staaten mit dem Anwerfen der elektronischen Notenpresse über Wasser zu halten. Wie alle vergangenen Papiergeldexperimente wird auch das aktuelle Papiergeld zum Verlustgeschäft für alle, die ihre Ersparnisse in Papiergeld anlegen.

Bankenregulierung

Die Antwort der Staaten auf die Überschuldungs- und Finanzkrise besteht aus hektischer Bankenregulierung. Dabei fragt sich: Werden mit der sich

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

von Monat zu Monat verschärfenden Bankenregulierung tatsächlich die Schuldigen der Überschuldungskrise getroffen?

Die Regulierungswellen, die das Bankgeschäft und die Finanzplätze hektisch überfluten, sind reine Symptombekämpfung. Die eigentliche Ursache, das Ausgeben von ungedecktem Papiergeld zu künstlich gedrückten Zinsen, wird jedoch nicht in Angriff genommen. Der Staat nimmt die Krise vielmehr zum Anlass, sich immer weiter auszudehnen beziehungsweise die Freiheit der Unternehmen und Bürger immer weiter einzuschränken – durch Gebote, Verbote und sonstige Vorschriften. Der Staat ist gewissermassen der Krisenprofiteur – auf Kosten der Bürger.

Handelt es sich also um ein Ablenkungsmanöver der Schuldigen von ihrem eigenen Unvermögen?

In der Öffentlichkeit wird die Auffassung geschürt, die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise sei Folge des Kapitalismus. Auf diese Weise können Regierungen und Bürokraten marktfeindlich gesinnte Politiken als «Heilmittel» verkaufen. Man nehme nur einmal den Eifer, den die Finanzminister an den Tag gelegt haben, um Einsicht in die Konten der Bürger zu erhalten – durchgesetzt in Zeiten der Krise, unter dem Vorwand, das Banken- und Finanzsystem sicherer zu machen, in Wahrheit, um die Staatsmacht auszuweiten. Wie bitte soll es denn möglich sein, dass das Zerstören der finanziellen Privatsphäre Finanz- und Wirtschaftskrisen verhindert? Dass das Debakel seine Kernursache im ungedeckten Papiergeld und allen seinen negativen Begleiterscheinungen liegt, wird geflissentlich verschwiegen.

In Anbetracht der zunehmenden Überregulierung und Verstaatlichung werden Vorwürfe laut, die die EU als «EUdSSR» bezeichnen. Zu Recht?

Die Vorwürfe, wonach sich die EU in ihrer manischen Regulierungswut zu einer Art EUdSSR entwickelt, gewinnen an Berechtigung. Das Ziel, die Vereinigten Staaten von Europa zu formen, bedeutet nicht etwa mehr Freiheit für Unternehmen und Bürger, sondern weniger Freiheit. Politisch erzwungener Zentralismus, der den Wettbewerb zwischen den Akteuren ausschaltet, ist eine Gefahr für Frieden und Freiheit. Aber vermutlich liegt das Zentralisierungsstreben in den letzten Zügen. Das europäische Vereinheitlichungs- und Zentralisierungsprojekt ist längst gescheitert. Es bringt den Menschen nicht mehr, sondern weniger Freiheit und Wohlstand. Immer mehr Menschen werden das bald erkennen. Um die Euro-Zentralisten wird es einsam werden.

Goldinitiative

Sie vertreten mit Nachdruck die Meinung, dass sich sowohl Staaten als auch private Sparer stärker am Gold orientieren müssten, also die Finger lassen sollten von ungedecktem Papiergeld. In der Schweiz kommt demnächst die sog. Goldinitiative zur Abstimmung. Eine ihrer Forderungen lautet, dass der Goldanteil an den Aktiven der Nationalbank zwanzig Prozent nicht unterschreiten darf. Halten Sie diese Forderung für gerechtfertigt?

(Bild: «Schweizerzeit»)

«Schweizer werden für Mindestkurs zum Euro noch zur Kasse gebeten»

Es gibt keine ökonomisch und ethisch überzeugenden Argumente, warum der Staat die Hoheit über die Geldproduktion haben sollte. Die Frage ist längst eine der Alternativen.

Ich bin Befürworter einer marktwirtschaftlichen Geldordnung. Was für die Produktion jedes anderen Gutes gilt, muss auch für Geld gelten: Es muss in freien Märkten angeboten und nachgefragt werden können, damit es gutes Geld ist. Der Wettbewerb der Währungen wird für gutes Geld sorgen – ganz einfach deswegen, weil niemand bereit wäre, schlechtes Geld nachzufragen.

Natürlich weiss niemand zu sagen, was das Ergebnis eines Währungswettbewerbs sein wird – ansonsten bräuchte man den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nicht. Allerdings vermute ich, dass das Gold als «Grundgeld», also gewissermassen zum «Nagel in der Wand», gewählt werden würde. Gold hat alle Eigenschaften, die es zum perfekten Geld machen: Es ist knapp, homogen, teilbar, prägbar, transportabel – und es hat vor allem einen jahrtausendelangen «Track Record». Gold ist vermutlich das beste Geld, das die Menschen je hatten – und, wie die Dinge stehen, das beste Geld, das sie haben können.

Vor diesem Hintergrund habe ich durchaus Sympathien für die Forderungen, welche ihre Zentralbanken zur Goldhaltung in hinreichend gesundem Verhältnis zur Gesamtbilanz verpflichten. Gold ist das ultimative Zahlungsmittel. Der Wert des ausstehenden ungedeckten Papiergeldes wird, wenn es hart auf hart kommt, davon abhängen, wie viel Gold die Zentralbanken noch in ihren Kellern vorhalten. Doch die Forderung, die Zentralbank sollte für eine Teil-Golddeckung ihres ausgegebenen Geldes sorgen, sollte nur ein Zwischenschritt sein: hin zu einem wirklich freien Währungswettbewerb.

Mindestkurs zum Euro

Die Schweizer Nationalbank hatte im September 2011 beim bodenlosen Fall des Euro verkündet, dass sie alles dafür tun werde, den Kurs von 1.20 CHF/EUR zu verteidigen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Massnahme für die Exportindustrie. Eine sich mittel- bis langfristig vollziehende deutliche Abwertung verkraftete die Schweizer Wirtschaft bislang immer gut (beispielsweise beim Dollar). Aber angesichts des sehr kurzfristigen Falles ins Bodenlose des Euro, der die Nationalbank zur Intervention veranlasste: Hätte es aus Ihrer Sicht eine sinnvolle Alternative zu dieser Mindestkurs-Festlegung gegeben?

Seit den frühen 70er-Jahre ist der Schweizer Franken eine aufwertende Währung. Der relativ geldwertstabile Franken ging mit einer grossen Prosperitätszunahme Hand in Hand. Dass die Schweizerische Nationalbank nun den Franken durch einen Mindestkurs an den Euro gekoppelt hat, halte ich für falsch. Wenn man den Franken an den Euro bindet, bindet man ihn auch an die Geschicke des Euro.

Der Euro aber ist keine solide Währung. Damit der Euroraum beisammen bleibt, muss die Kaufkraft des Euro vermutlich stark herabgesetzt werden. Ich hätte deshalb klar für Nichtintervention durch die SNB plädiert. Die Schweizer werden für diesen Mindestkurs, sollte man an ihm unbedingt festhalten, noch zur Kasse gebeten werden. Die Inflation wird die Schweizer Bevölkerung zu spüren bekommen.

Hat die Welt, hat Westeuropa überhaupt noch eine Chance, je wieder über gesunde Währungen zu verfügen? Welche Massnahmen müssten jetzt, im Juni 2014 eingeleitet werden, damit eine Gesundung der Währungen in absehbarer Zeit herbeigeführt werden könnte?

Wohlstand und Freiheit gedeihen nur in einem freien Markt. Der freie Markt, nicht der Staat sorgen für Innovationen, Investitionen, Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand. Nur der Markt, nicht aber der Staat, kann für gutes Geld sorgen. Wenn sich diese Einsichten in der Öffentlichkeit verbreiten, ist der Weg zu gutem Geld geebnet.

Gute Ideen

Unter dem Deckmantel der Bewältigung der Überschuldungskrise findet innerhalb der EU derzeit ein nie dagewesener Zentralisierungsschub statt. In Wahlen wurden die dezidiertesten Zentralisten allerdings auch schonungslos abgestraft. Wie schätzen Sie die künftige Entwicklung in Europa ein?

Es sind letztlich Ideen, die Menschen zum Handeln bewegen. Wenn sie gute Ideen haben, werden die Ergebnisse ihres Handelns gut sein. Wenn sie schlechte Ideen haben, wird es schlechte Ergebnisse geben. Deshalb ist es wichtig, gute Ideen zu verbreiten – und nicht weniger wichtig ist es, schlechte Ideen zu entlarven. Es gibt Grund für Optimismus. Denn nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Europa etwa braucht den Wettbewerb der Regionen, nicht die Zentralisierung. Gebraucht werden viele kleine Schweizen und Liechtensteins, die sich allesamt in den Wettbewerb um bessere Lebensumstände, um niedrigere Steuern bewerben. Die Zeit ist reif für gute Ideen. Die guten Ideen werden indessen nicht von Brüssels Bürokraten kommen, sondern von miteinander im Wettbewerb stehenden Regionen.

Das Interview führten
Ulrich Schlüer und Olivier Kessler.

Der Sozialstaat aus freiheitlicher Sicht

Raus aus dem Rückschritt

Pierre Bessard, Direktor des Liberalen Instituts, Genf und Zürich

Der Sozialstaat ist die politische Kunst, die Bürger mit ihrem eigenen Geld vom Staat abhängig zu machen. Diese gängige und zugleich wissenschaftlich fundierte Definition kommt selten so klar zum Ausdruck wie in der Schweiz.

Heute werden die sogenannten «Sozialwerke» kaum infrage gestellt und das Vetorecht der Bürger schickt immer wieder Reformvorhaben, wie Anpassungen des Referenzalters oder des Umwandlungssatzes in der Altersvorsorge, bachab.

Immer mehr Interventionen

Doch lange Zeit war die direkte Demokratie die zuverlässigste Bremse gegen den Ausbau des Sozialstaats. So lehnten 1931 über sechzig Prozent der Stimmenden die Einführung der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts geforderten AHV ab. Noch viel länger dauerte es, bis die Politik im neu entdeckten Interventionsfeld «Familienpolitik» nach vielen Abstimmungsniederlagen einige Schritte durchsetzen konnte.

Gerade die Schweizer Erfahrung zeigt: Der Sozialstaat ist keine schicksalhafte Gegebenheit. Auf den ersten Blick scheint er seinen Zweck zu erfüllen: Er bietet seinen Leistungsempfängern ein Einkommen. Doch zu welchem Preis?

Der Sozialstaat demoralisiert die Gesellschaft, indem er die gesellschaftliche, nachbarschaftliche, familiale Solidarität und die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe durch politischen Zwang ersetzt.

(Bild: Shutterstock)

Die staatliche Altersvorsorge ist zum Scheitern verurteilt.

Er mindert oder zerstört Arbeits- und Sparanreize. Er schwächt die Eigenverantwortung und den Familienzusammenhalt. Er fördert die Erzielung von Einkommensvorteilen auf Kosten anderer Bürger. Er stärkt die sozialdemagogischen Parteien, die in erster Linie von der Umverteilungsideologie und der staatlichen Abhängigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen leben.

Patentlösung «Solidarität»

Letztlich zerstört er das soziale und ökonomische Fundament, auf dem er beruht. Das zeigt auch der ständige steuerliche Druck auf die produktiven Gesellschaftsmitglieder. Dass heute Steuererhöhungen als «Opfersymmetrie» betrachtet werden, veranschaulicht die Irrationalität, der die Sozialpolitik unterliegt.

Demnach heisst die politische Patentlösung für beinahe jede gesellschaftliche Herausforderung «Solidarität» nach politisch bestimmter Zwangsumverteilung: «Solidarität» zwischen «Reichen und Armen», «Gesunden und Kranken» oder zwischen «Jungen und Alten».

Die Kriterien dieser «Solidarität» können dabei je nach politischer Stimmungslage mehr oder weniger willkürlich geändert werden. Was heisst beispielsweise die Qualifikation «arm» im 21. Jahrhundert, wenn selbst die bescheidensten Haushalte in der Regel über einen Flat-Screen-Fernseher und ein eigenes Auto verfügen, und da Übergewicht den Hunger als drängendstes Ernährungsproblem abgelöst hat?

Anpassungsresistent

Oder was heisst «alt» in einer Gesellschaft, die eine rasante Steigerung der Lebenserwartung (von 68 Jahren auf über 82 Jahren seit Einführung der AHV!) mit entsprechender Gesundheit und geistiger Fitness bis ins hohe Alter erlebt? Diesen dynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber ist der Sozialstaat weitgehend anpassungsresistent geblieben.

Inzwischen hat sich die Sozialausgabenquote (im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von 11,2 Prozent 1970 auf 24,1 Prozent heute mehr als verdoppelt (1950 betrug die Sozialausgabenquote lediglich 7,6 Prozent). Der Sozialstaat wächst ständig schneller als die Wirtschaft – eine Entwicklung, die sich in den letzten 25 Jahren bedrohlich beschleunigt hat – und verdrängt damit andere, dringliche Ausgabenbereiche des Staates.

Fortsetzung auf Seite 8

Asylbewerber verteilen?

Eigentlich wunderbar: Wenn Sie diesen Sommer nach Spanien in die Ferien möchten, könnten Sie ins Auto steigen und durchfahren. Weder in Frankreich noch in den Pyrenäen müssen Sie mit Grenzkontrollen rechnen. Weniger wunder-

Klipp und Klara

bar: Auch Kriminelle und Asyltouristen nutzen diese neuen Reisefreiheiten.

Mit dem Abkommen von Schengen/Dublin sollten diese Bedenken aufgefangen werden. Der Bundesrat versprach mehr Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und beruhigte auch beim Asylwesen: Das Abkommen sehe vor, dass nur ein Land für die Behandlung eines Asylgesuchs zuständig sei. Mit anderen Worten: Sobald ein Asylsuchender in einen Schengen-/Dublin-Staat einreist, ist dieser verantwortlich und muss den Asylbewerber zurücknehmen, sollte er später in einem anderen Schengen-Dublin-Staat aufgegriffen werden.

So weit die Theorie. Die Praxis sieht etwas anders aus: Asylbewerber suchen nicht in erster Linie nach einem sicheren Staat, sondern nach einem attraktiven Staat, um ihr Asylgesuch zu stellen. Wer diese Tatsache beim Namen nennt, kassiert allerdings einen Rüffel von Justizministerin Simonetta Sommargua (SP): «Dublin zu kritisieren ist bei gewissen Politikern sehr beliebt.» Auch Italien werde kritisiert, obwohl das Land sehr viel investiere. Allerdings sei die Aufgabe mit den Zehntausenden von Flüchtlingen, die über das Meer kämen, so schwierig, dass sie für einen einzelnen Dublin-Staat kaum mehr zu bewältigen sei. Vor dem Nationalrat meinte die Bundesrätin weiter, man müsse nun im Rahmen des ganzen Dublin-Systems eine «Verteilung der Asylsuchenden» ins Auge fassen.

In der Tat ist es so, dass je nach Staat unterschiedlich viele Asylgesuche gestellt werden. Aber haben die Länder an der Schengen-Aussengrenze die höchsten Zahlen? Hat Italien, das an einer klassischen Asylroute gelegen ist, viel mehr Gesuche? Interessant ist der Vergleich der Asylquoten. Italien hatte 2013 rund 470 Gesuche pro Million Einwohner zu verzeichnen. Im europäischen Durchschnitt war die Zahl fast doppelt so hoch: 860 Gesuche. Und die Schweiz, die ja von sicheren EU-Staaten umgeben ist? Wir haben 2013 rund 2600 Asylgesuche pro Million Einwohner ausgewiesen. Fünfeinhalb Mal mehr pro Kopf als Italien! Und Frau Sommaruga plaudert von einer «Verteilung der Asylsuchenden», um Italien zu entlasten … Wie naiv darf eine Justizministerin sein?

Klara Kaiser

Fortsetzung von Seite 7

Insgesamt werden in der Schweiz 156 Milliarden Franken pro Jahr der sozialen Umverteilung gewidmet (vor 25 Jahren waren dies noch 55 Milliarden Franken). In absoluten Zahlen haben sich die Sozialausgaben pro Kopf und pro Jahr in den letzten 50 Jahren inflationsbereinigt nicht weniger als verzehnfacht, von rund 1500 auf rund 15 000 Franken. Die damit einhergehende Aushöhlung der Wahlfreiheit und der Wohlstandsmehrung bleibt selbstverständlich nicht ohne negative Folgen für eine lebendige und pluralistische Zivilgesellschaft.

Sozialpopulismus

Der stetige Ausbau des Sozialstaats kann jedoch nicht allein der kollektivistischen Ideologie der Sozialdemokraten angelastet werden – auch wohlwollende bürgerliche Kreise unterstützen regelmässig den verantwortungslosen politischen Sozialpopulismus, etwa schmackhaft verpackt als «praktisches Christentum». Es wurde von diesen Kreisen immer wieder leichtfertig in Kauf genommen, dass die freiwillig organisierte und spontane Solidarität der Zivilgesellschaft auf den Staat übertragen oder durch diesen verdrängt wurde. Die langfristigen Folgen und die falschen Anreize, die durch den Ausbau des Umverteilungsstaates entstehen, wurden kaum hinterfragt.

Angesichts der immer horrenderen Finanzierungskosten und -lücken des Sozialstaats heisst das Gebot der Stunde «Konsolidierung». Demografische Entwicklung, Fehlanreize und Ineffizienz erzeugen die Notwendigkeit ständiger gesetzlicher Anpassungen. Vorsichtige Ansätze, wie die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters, strengere Massnahmen der Integration auf dem Arbeitsmarkt für die Invalidenversicherung, oder mehr Kostentransparenz und Wettbewerb im Gesundheitswesen, mögen zwar in manchen Fällen zu Verbesserungen in den bestehenden Systemen führen (im Gegensatz zu erneuten Steuererhöhungen). Sie stellen jedoch keine Antwort dar auf den grundsätzlichen Verstoss des Umverteilungsstaats gegen die Ethik der Eigenverantwortung und des Eigentums, gegen die Würde mündiger Menschen.

Alternativen zum Sozialstaat

Was sind also die Alternativen zum Sozialstaat? Eigenverantwortliche Lösungen wie eine kapitalisierte Altersvorsorge, Gesundheitssparkonten und risikogerechte Versicherungen sind wichtige Ansätze, die nach mathematischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionieren, damit sie auch nachhaltig sind. Die Vorstellung einer subsidiären, gemeinnützig organisierten Sozialpolitik auf lokaler Ebene für die kleine Minderheit tatsächlich bedürftiger Mitbürger kann sie ergänzen.

Die heutigen zentralistischen Sozialversicherungen sind hingegen aus freiheitlicher Sicht nicht vertretbar. Sie stellen keine Errungenschaften dar, sondern verdrängen lediglich erprobte zivilgesellschaftliche und marktwirtschaftliche Lösungen, die wirksamer, gezielter und gerechter wirken würden.

Freiwilligkeit

Der Management-Forscher Peter Drucker brachte es einst auf den Punkt: «Der private Sozialsektor gibt für seine Erfolge weniger aus, als der Sozialstaat für seine Misserfolge.» Individuelle Vorsorge sowie funktionsfähige Versicherungen und subsidiäre Unterstützung durch Sozialunternehmertum und freiwillig organisierte Solidarität führen nicht nur zu besseren Ergebnissen als der Sozialstaat, sie sind auch kompatibel mit den Werten einer freien Gesellschaft.

Vor allem aber ist die Marktwirtschaft das beste Mittel gegen die Entstehung eines Bedürfnisses nach sozialer Unterstützung – durch Kapitalakkumulation, Investitionen, Innovation. Also durch das Gegenteil des grossen gesellschaftlichen Rückschritts des 20. Jahrhunderts, des Sozialstaats.

Pierre Bessard

Es sagte...

Ludwig Erhard (1897 – 1977), Vater des deutschen «Wirtschaftswunders» in den Fünfzigerjahren:

«Einmal wird der Tag kommen, da der Bürger erfahren muss, dass er die Schulden zu bezahlen hat, die der Staat macht und zum ‹Wohle des Volkes› deklariert.»

Emilio

Linkspopulistische Neidkultur

Europa hat gewählt. Das Resultat entsprach nicht den Erwartungen der fortschrittlichen Weltbürger, die sich in Brüssels Bürokratie zu Hause fühlen. Es trat ein, was das EU-Establishment nach der Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative befürchtet hatte: Ein Vormarsch des EU-kritischen Flügels zulasten der arrivierten Parteien.

Natürlich ist das heute kalter Kaffee. Emilio aber kommt auf das Ereignis zurück, weil er vor zwei Tagen auf SRF1 eine angeblich satirische Sendung gehört hatte. Das Ergebnis der Europawahlen war zwei lustigen Satirikern Grund genug, um europäische Wähler mit dem Spruch zu beleidigen: «Europa wird braun». Lustig? Nein, jedoch hochgradig unangebracht und arrogant, möglicherweise strafbar. Wer Bürger eines fremden Staates pauschal der Nähe zu Nazi-Gedankengut bezichtigt, kann sich kaum auf Satire berufen; er muss sich dem Vorwurf der Verleumdung stellen.

Der Vorfall beleuchtet die Praxis linkslastiger Medienschaffender (dem Gros dieser Berufsgruppe), politisch Andersdenkende mit negativ besetzten Bezeichnungen auszugrenzen. Dieses Strategem wird beharrlich so lange fortgesetzt, bis es sich im allgemeinen Sprachgebrauch eingenistet hat und auch von unbedarften Sprecherinnen und Sprechern sowie Schreiberinnen und Schreibern (auch so etwas …) willfährig und gedankenlos kopiert wird.

Eine Schlagzeile nach den Europawahlen hiess: «Rechtsextreme jubeln». Was heisst denn «rechtsextrem» und warum mutierten Linksextreme zu Linksautonomen? Wer zu terroristischen Methoden greift, Leben und Menschenrechte gering achtet, verdient keine Nachsicht, egal, ob rechts oder links. Warum sind EU-Kritiker automatisch rechtspopulistisch? Wer hat schon von Linkspopulisten gehört oder gelesen, obwohl ... ja, sind denn Abzocker-, 1:12-Initiative und Erbschaftssteuer nicht ausgesprochen populistische Themen, grösstenteils auf dem Boden linkspopulistischer Neidkultur herangewachsen? Emilio rät, diese Bezeichnung häufiger zu gebrauchen.

SP-Ständerätin Anita Fetz verstieg sich kürzlich zur Behauptung: «National-konservative Männer diktieren uns ihre Weltanschauung.» Damit hat sie – vielleicht unbewusst – ihre drei Feindbilder in einem Satz vereint. Die Nation als wichtigster Träger des Heimatgefühls ist eben nicht ersetzbar durch ein künstliches Riesengebilde wie die EU. Gegen die emotionale Kraft der Heimat kam auch der Schlachtruf der Proletarier aller Länder, sich zu vereinigen, nicht an. Konservativ als Grundwert ist natürlich für alle, die den permanenten Wandel proklamieren, ein Gräuel. Haben wir heute nicht etwas zu viel davon? Allerdings überlebt langfristig kaum, wer sich dauernd gegen jeden Wandel stemmt. Und was die Männer anbelangt … Gender lässt grüssen. Trotzdem gereicht es der Schweiz nicht zur Ehre, das Frauenstimmrecht erst 1971 eingeführt zu haben – aus heutiger Sicht eigentlich unvorstellbar.

Zurück zu Europa. Es wäre unfair, das ganz grosse Verdienst der europäischen Integration nicht zu erwähnen: Die Überwindung der historischen Feindschaften unter den Nationalstaaten, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland. Was Churchill 1946 in Zürich angeregt hatte, wurde bis zum Fall der Sowjetunion erreicht und übertroffen. Seither schlittert die EU in eine zum Teil selbst verschuldete Finanzkrise und befasst sich weiterhin mit Unsinn wie der Gurkenkrümmung. Das Ergebnis der Europawahlen ist ein deutlicher Fingerzeig in Richtung «Zurück zu den Wurzeln».

Emilio

SVP-Mitglied als Zielscheibe

Rassismus-Vorwurf bis fast zum Freitod

Von Caroline Mall, Landrätin, Reinach BL

Das ist die tragische Geschichte von Anita Biedert. Sie ist SVP-Mitglied und war Sekundarlehrerin. Wegen einer SMS ist sie beinahe zu Tode gemobbt worden.

Nach fast 40-jähriger erfolgreicher Berufspraxis, schien die Lebensfreude von Frau Anita Biedert im Jahre 2012 beinahe zu erlöschen, der Freitod der letzte Ausweg zu sein.

Frau Biedert leidet seit zwei Jahren unter ungerechtem, ehrverletzendem, beleidigendem und unmoralischem Verhalten ihr gegenüber. Und das Ganze wegen einer SMS. Aber alles der Reihe nach.

SVP-Mitgliedschaft

Die Sekundalehrerin unterrichtete 38 Jahre lang pubertierende Schülerinnen und Schüler in Muttenz. Frau Biedert, eine gradlinige, weltoffene und allseits geschätzte Lehrerin, hat dennoch einen Makel, der ihr zum Verhängnis wurde. Sie forderte einen ausländischen Schüler via SMS auf, sich in den Schulunterricht zu begeben. Dieser zog es aber vor – ohne entschuldigte Absenz – mit der ganzen Familie den Schweizer Pass zu ergattern.

Erahnen Sie den Makel? Sie ist Parteimitglied der SVP. Ihre Weltanschauung wurde ihr zum Verhängnis.

Lehrpersonen in der Oberstufe müssen sich mit jungen Erwachsenen auseinandersetzen, die oft mit eigenen kulturellen Ansichten die Lehrpersonen despektierlich behandeln – vor allem wenn die Lehrperson weiblichen Geschlechts ist. Flegelhaftes Benehmen gegenüber einer Lehrperson gehört mittlerweile zum «daily business», was viele Lehrpersonen an Burnout erkranken lässt.

Obwohl Lehrpersonen ihr pädagogisches Fachwissen in der Praxis wohl anzuwenden wissen, ist es notwendig, dass eine Lehrperson auch einmal Klartext redet, wenn offensichtlich ist, dass Schülerinnen und Schüler sich nicht an Schulregeln halten, mehrfach der Schule fernbleiben und womöglich auch noch den Klassenverbund negativ beeinflussen.

SMS

Frau Biedert hatte Mut und Zivilcourage, einem Schüler aufzuzeigen, dass er offensichtlich gegen die Schulregeln verstossen hat – in Form einer schnell abgefassten SMS. Sie schrieb nach der Aufforderung, in die Schule zu kommen und der negativen Antwort des Schülers: «Vergiss den CH-Pass bei Deinen Deutschkenntnissen.»

Schulleitung und Lehrpersonen machten Frau Biedert von diesem Tag an den Schulalltag zur Hölle und mobbten sie in unbeschreiblich fieser Art und Weise. Sie bezeichneten sie fortan als «rassistisch» und «menschenverachtend» und stilisierten die ganze Sache zur Riesentragödie hoch. Es ging so weit, dass eine Klasse einen Aufsatz mit dem Titel «Frau Biedert und die Ausländer» schreiben musste.

Diese Mobbing-Attacken setzten der Gesundheit von Frau Biedert dermassen zu, dass sie lange Zeit in psychischer Behandlung war. Dies hatte einen längeren Unterrichtsausfall zur Folge. Als Konsequenz erhielt sie dann die Kündigung.

«Ausländerhasser»

Nüchtern betrachtet kann einmal mehr festgestellt werden: Aktive SVP-Mitglieder haben es im Berufsalltag sehr schwer. Leichtfertig und ungerecht werden sie als «Rassisten» und «Ausländerhasser» diffamiert. Was an Frau Biederts Aussage rassistisch sein soll, bleibt das Geheimnis der Mobber.

Gerade Frau Biedert zeichnete sich durch ihren langjährigen Einsatz für die Jugend aus – egal welcher Nationalität sie angehörten. Ihr fiel zum Verhängnis, einen ausländischen Schüler masszuregeln und gleichzeitig SVP-Mitglied zu sein.

Neustart

Bis heute ist die Familie des mittlerweile volljährigen Jugendlichen über diesen Vorfall nicht im Bilde. Der Jugendliche liess verlauten, aus Angst, der Vater würde in der Schule Radau machen, wollte er seine Familie nicht über diesen Vorfall informieren. Ich bin überzeugt: Wenn dieser Junge sich bei seiner Lehrerin für den Schulunterricht entschuldigt hätte, müssten wir heute nicht von dieser unglaublichen Geschichte erzählen.

Es zeugt von Mut und Intelligenz, dass sich Frau Biedert – wahrscheinlich aufgrund vieler Sympathiebekundungen – doch nicht von einem Zug hat überrollen lassen. Sie wird in ihrer neuen Stelle an der Schule in Liestal Jugendlichen aufzeigen können, was es braucht, um in der Schweiz in den Berufsalltag einsteigen zu können – dazu gehört mit Sicherheit der wichtige schweizerische Wert der Zuverlässigkeit.

Caroline Mall

Caroline Mall ist SVP-Landrätin im Kanton Basel-Land.

Petition von Zukunft CH: «Kein Gender im Lehrplan 21»

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz D-EDK hat im April 2014 wegen massivem Widerstand aus der Bevölkerung entschieden, im Lehrplan 21 auf die Nennung des Begriffs «Gender» zu verzichten. Die Einarbeitung der ideologischen Gender-Thematik soll hingegen «optimiert» werden. Das bedeutet im Endeffekt: Mehr Gender, einfach unter einem anderen Namen! Gegen diesen unverschämten Etikettenschwindel muss etwas getan werden. Unterschreiben Sie darum bis spätestens 17. Juli 2014 die Petition «Kein Gender im Lehrplan 21» zuhanden der Erziehungs- und Bildungsdirektoren der Deutschschweizer Kantone.

Schweizerzeit:
Damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf.

ANZEIGE

Meinungs-vielfalt herstellen.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

DIE WELTWOCHE

Zwischen Sein und Nichtsein: Die Schweiz 1798 und 1799 (17. Folge)

Propaganda und Repression

Von Jürg Stüssi-Lauterburg, Windisch AG

Der französische Statthalter regierte in der Helvetischen Republik 1798 mit eiserner Hand. Regungen des Widerstands wurden brutal erstickt.

Frankreich brauchte angesichts des sich immer klarer sich abzeichnenden neuen europäischen Krieges eine möglichst geschlossene Unterstützung in Helvetien. Erörterungen über vergangene und offensichtlich bevorstehende (Wallis 1802/1810, Neuenburg 1805, Tessin 1810) Beeinträchtigungen des Corpus Helveticum bzw. des helvetischen Territoriums oder dessen Satellisierung durch Frankreich waren also zu unterdrücken.

Droht die Zerstückelung?

Diesem repressiven Zweck diente unter anderem ein formelles helvetisches Dekret vom 15. November 1798, das in seiner Aussergewöhnlichkeit für sich selber sprechen mag:

«Widerlegung des falschen Gerüchts über die Zerstüklung der Helvetischen Republik.

Die gesezgebenden Räthe, nachdem sie die Botschaft des Vollziehungsdirektoriums vom 11ten dieses Monats angehört.

In Erwägung, dass es die Pflicht der Gesezgeber erfordere, den Bitschriften, welche ihnen von 81 Gemeinden des Cantons Leman zugesandt worden, zu entsprechen, und die Besorgnisse, welche ihnen die falschen Gerüchte über die Zerstüklung dieses Cantons, und eine bevorstehende Vereinigung einiger Theile desselben mit der französischen Republik verursachen, zu heben;

In Erwägung, dass gegenwärtig auch nicht der mindeste Beweggrund vorhanden sey, der ein so widersinniges Märchen veranlassen könnte, dass solche demnach allein von den heimlichen Feinden des Vaterlands herrühren können, von jenen treulosen Unruhstiftern, welche nur den Namen Freiheit stets im Mund führen, um ihre Angriffe gegen dieselbe desto sicherer auszuführen, von jenen elenden Knechten der Gewaltthätigkeit, welche gegen alle freie Staaten gleich feindselig gesinnt, kein Mittel versäumen, um Misstrauen und Zwietracht zwischen denselben anzuzetteln, und uns nicht nur gegen die Gesinnungen der französischen Republik einzunehmen, sondern uns selbst ihre Wohlthaten verdächtig zu machen.

In Erwägung endlich, dass, nachdem wir mit dem Beifall der fränkischen Republik eine Verfassung angenommen haben, welche auf den heiligen Grundsatz der Unzertheilbarkeit des helvetischen Gebietes gebaut ist, ein Grundsatz, der jedem ächten Schweizer so lieb, ist, als sein Leben; dass nachdem wir einen feierlichen Bund mit der fränkischen Republik geschlossen, und so eben im Angesichte von Europa feierlich beschworen haben, auch der geringste Zweifel an die Treue, welche dabei obwaltete, und mit welcher derselbe ausgeführt werden soll, für die Ehre unserer grossmüthigen Verbündeten beleidigend wäre:

Nachdem Sie die Urgenz erklärt, dekretieren zu erklären

1. *Alle Gerüchte, welche verbreitet werden, als wenn die fränkische Republik die Unzertheilbarkeit der helvetischen Republik, die Unverlezbarkeit und Unveräusserlichkeit ihres Gebietes und ihrer Bewohner beeinträchtigen möchte, sind durchaus falsch, und boshafter Weise ersonnen.*

2. *Die Urheber solcher freiheitsmörderischer Lügen, und diejenigen, welche dieselben vorsätzlich ausstreuen, sollen als Feinde der öffentlichen Ruhe bestraft werden.*

Beschlossen vom grossen Rath den 14. Wintermonat.

Angenommen vom Senat den 15. desselben.

Das V.D. beschliesst etc.

Luzern, den 16. Wintermonat 1798.

Präsident Laharpe.

General-Sekretär Mousson.»

Zensur

Dass das nicht von den Franzosen besetzte Graubünden in seiner Mehrheit sich Helvetien nicht anschliessen wollte und sogar österreichische Truppen ins Land rief, ist verständlich. Warf hier der kommende europäische Krieg in den Abwehrvorbereitungen seine Schatten voraus, so auf der anderen Seite in der Unterdrückung der freien Rede in der Helvetischen Republik. Das Direktorium verfügte am 7. November 1798:

«Die Zeitungen, öffentlichen Blätter aller Art und die Drucksachen in der ganzen Republik stehen unter unmittelbarer Polizeiaufsicht.»

Der Zensur fielen politisch rechts wie links Stehende zum Opfer, Carl Ludwig von Haller genauso wie Louis Reymond.

Zwangsrekrutierung und Widerstand

Gleichzeitig waren Namenslisten für die als französische Hilfstruppen vorgesehene Jungmannschaft zwischen 18 und 25 Jahren zu erstellen. Gegen diese Massnahmen kam es im November zu einem kurzlebigen Aufstand im Oberaargau, die erzwungenen Freiheitsbäume fielen, die erzwungenen Kokarden verschwanden vorübergehend. Die von Waffengewalt unterstützten Drohungen Schauenburgs liessen sie wieder erstehen. Die Repression wurde schrittweise verschärft, nach dem 20. November durften

Frédéric-César de Laharpe

Gemeindeversammlungen nur noch mit Bewilligung der Statthalter durchgeführt werden. Originalton aus der Debatte (Pfyffer, Luzern):

«Haben wir nicht schon die bedauerlichsten Beweise, wie sehr das Volk in solchen Versammlungen verführt werden könne? Man erinnere sich der neusten Ereignisse in Stanz, Schwyz und letzthin zu Langenthal. Wie will man sich immer den nämlichen Gefahren aussetzen?»

Dass dasselbe System die Denunziation Andersdenkender in aller Form befahl, passt fugenlos ins Bild. Mittlerweile wurden die in piemontesischen Diensten stehenden Schweizer der französischen Italienarmee einverleibt, die sie, über den konkreten militärischen Nutzen der Regimenter hinaus, als Geiseln für das Wohlverhalten der Schweiz einsetzen konnte. In der Schweiz wechselte im Dezember der Oberbefehl über die französischen Truppen von Schauenburg zu André Masséna. Im Januar 1799 kehrte David Ludwig Bay infolge einer Vakanz wieder ins helvetische Direktorium zurück.

Das Land war unruhig. Im Februar 1799 befriedeten französische Truppen Linthal, wo der Freiheitsbaum gefallen war; die nervösen Behörden drohten mit massiver Repression gegen sogenannte innere Aufwiegler und auswärtige Spione. Sie versuchten, ein Monopol des Pulverhandels zu errichten und auf andere Weise die Widerspenstigen unter Kontrolle zu halten. Das helvetische Direktorium erhielt am 27. Februar 1799 in militärischen Dingen uneingeschränkte Vollmacht.

Kriegsoperationen von der Schweiz aus

Mit dem März 1799 begann für die Schweiz eine weitere Kriegszeit: Französische Truppen überschritten den Rhein bei Basel in Richtung Deutschland und bei Sargans, um die St. Luzisteig anzugreifen. Gleichzeitig stiess je eine Kolonne über

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

den Kunkels nach Reichenau, durch das Misox in Richtung San Bernardino und über den Oberalp ins Tujetsch, wo sie freilich von den Bündner Oberländern zurückgeschlagen wurde. Talaufwärts gerichtete Stösse ins Bergell und ins Puschlav schlossen sich an. In der zweiten Märzhälfte standen die Franzosen im Unterengadin und vermochten bis Glurns vorzustossen. Die Helvetische Republik erhob den Solothurner Augustin Keller zu ihrem General und setzte auf Dienstverweigerung und konterrevolutionäre Bewegungen die Todesstrafe.

Der Habsburgische

Erzherzog Carl siegte am 21. und 25. März 1799 bei Ostrach und Stockach. Ein österreichischer Angriff auf Schweizer Gebiet stand unmittelbar bevor. Entsprechend steigerte sich die Nervosität im Ochs-La Harpe-Direktorium und an der Spitze der französischen Armee. Am 3. April proklamierte Masséna die Verheerung aufrührerischer Kantone «durch Feuer und Schwerdt» und vier Tage danach bezeichneten die helvetischen Behörden sogenannte Aufrührer als «Verräter des Vaterlandes», was aus dem Mund von Männern, die *zum Teil* die Franzosen ins Land geholt hatten und alle aus ihrer Gegenwart Nutzen zogen, merkwürdig tönen musste.

Wer füsilieren kann, darf sich jede Sprache erlauben: Am 17. April wurde Georg Schwaller von Recherswil erschossen, weil er dort und in Kriegstetten Aufruhr verursacht habe; am 9. Mai floss das Blut von Joseph Rauber von Neuendorf, am 20. Mai das von Friedrich Monney aus Villard-le-Grand, weil er im *Engel* in Biberist gedroht hatte, der erste Schuss werde seinen Vorgesetzten gelten; der 31. Mai sah die Hinrichtung des Urs Stampfli aus Herbetswil; am 12. Juni 1799 wurde Joseph Rudolf Rohr aus Egerkingen erschossen. Das für diese Urteile verantwortliche Kriegsgericht wurde zwar kritisiert, aber bei seiner Entlassung mit Dank und Zufriedenheit des Direktoriums bedacht.

Der Brand in Altdorf

Gewaltbereitschaft herrschte aber nicht nur bei den Behörden. Es kam zur klar antifranzösisch gemeinten Drohung, die als zu helvetisch betrachtete Stadt Thun zu verbrennen; und der Brand von Altdorf am 5. April 1799 kann durchaus aus einer solchen Absicht heraus gelegt worden, allerdings genauso gut durch Nachlässigkeit entstanden sein. Jedenfalls war die Stimmung am Jahrestag der Helvetischen Republik, dem 12. April 1799 so, dass selbst den Behörden nicht nach Feierlichkeiten zumute war.

In diesen selbst regte sich angesichts des Herannahens der Österreicher nun Widerstand, so wurde die Kriegserklärung an Österreich im Grossen Rat ausdrücklich verworfen. Das inoffizielle Pendant war das jeweils sofort unterdrückte lokale Aufflackern von Widerstand in den Kantonen Aargau, Luzern und Freiburg, unter anderem in Menziken, Reinach, Ruswil und Murten. Umgekehrt entwaffneten im Kanton Schaffhausen, dessen Hauptstadt am 13. April gefallen war, die siegreichen österreichischen Truppen die helvetischer oder französischer Sympathien verdächtigten Gemeinden, z.B. Hallau. Der am 21. April 1799 in Chur unterzeichnete Vereinigungstraktat zwischen Graubünden und der Helvetischen Republik war unter solchen Umständen ein Schauspiel in einem brennenden Theater.

Jürg Stüssi-Lauterburg

Fortsetzung folgt

Weltliteratur

Lieber zuhören statt lesen?
Unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Diogenes-Hörbuch, 6 CDs, 419 Min., Fr. 41.90

Joseph Roth:
Tarabas

Joseph Roth gehört zu den grossartigsten Erzählern der Weltliteratur. Mit «Tarabas» ist ihm ein Meisterwerk gelungen: Ein junger Russe entwischt den Häschern des russischen Zaren nach New York. Von Heimweh geplagt, meldet er sich, als 1914 der Krieg ausbricht, als Freiwilliger in die Russische Armee. Tapfer und gefürchtet bringt er es zum Hauptmann, bis das Zarenreich zusammenbricht. Im eigenen Regiment wird er Oberst und Heerführer. Aber ein «Wunder» nach wüstem Saufgelage erschüttert ihn derart, dass er die Truppe heimlich verlässt – als Wanderbettler, der nicht einmal mehr von den eigenen Eltern erkannt wird. Er wird, in Russland nicht ungewöhnlich, bald wie ein Heiliger geachtet. Eine grossartig gestaltete Erzählung, hervorragend gelesen von Joseph Lorenz in einem Diogenes-Hörbuch.

Ich bestelle als Hörbuch

… Expl. Joseph Roth: Tarabas… (6 CDs) Fr. 41.90

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Bestellung an:
«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 23, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: buechertisch@schweizerzeit.ch

Senden Sie mir

…. **Expl. der heutigen «Schweizerzeit» – mit den Schwerpunkten**

- **Christoph Blochers Wägitaler Rede**
- **Wie Zentralbanken unser Geld zerstören**
- **Sackgasse Sozialstaat**
- **Rassismusklage: wie SVP-Mitglied Opfer einer Mobbingattacke wurde**

zum Verteilen an Bekannte.

Persönliche Werbung ist die beste Werbung.

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Wir freuen uns auf Ihre Bestellung
«Schweizerzeit» Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03,
E-Mail: buechertisch@schweizerzeit.ch

Schweizerzeit

BILDUNGS KOMPASS

Burnout-Rekord

Die Lehrer hätten die Polizisten als Burnout-Rekordhalter abgelöst. Wer Meldungen nur oberflächlich konsumiert, dürfte den Mund zu breitem Grinsen verziehen. Wer indessen genauer hinschaut, stellt fest: Hinter diesem Burnout-Rekord steht ein sich täglich vergrösserndes Drama.

Bürokratie-Frust

Das Lehrer-Burnout ist nicht Folge kräftezehrenden Unterrichtens. Es resultiert aus den Bürokratie-Lawinen, die sich unablässig vom immer unsinniger zentralisierten Bildungs-Verwaltungsapparat über die Lehrer ergiessen. Ziellose, uferlose Schulreformitis bewirkt auswuchernden Formularkrieg. In einem Ausmass, das die echten Pädagogen, die Lehrer aus Berufung mit dem Berufsverleider in bald epidemischem Ausmass ansteckt.

Um die Eltern, um die Stimmbürger, um die vom Volk gewählten Schulbehörden so rigoros wie möglich aus Mitsprache und Mitverantwortung abzudrängen («dazu sind angesichts modernen Unterrichts nur noch ‹Fachleute› fähig», predigen uns die Bildungsbürokraten ohne Unterlass), wurden in fast allen Kantonen «Schulleiter» – in der Funktion als «Transmissionsriemen der kantonalen Bildungsbürokratien» – eingesetzt. Eigentlich sollten diese Schulleiter die Lehrer von organisatorischem Krimskrams «entlasten». Sie hätten, sagen die Schulleiter, ihre Schule zu «managen» und nach aussen zu vertreten – möglichst ohne selbst Unterricht zu erteilen (in einzelnen Kantonen ist Unterrichtserteilung durch Schulleiter gar ausgeschlossen).

Wie aber antwortet ein Schulleiter zum Beispiel auf entrüstet – allenfalls gar mit Anwalts-Assistenz – vorgebrachte Elternklage gegen irgendeinen Lehrer in seinem Schulhaus? Soll er darauf antworten können, muss er sich über alles, was in den Schulzimmern vorgeht, ausführlichst dokumentieren lassen. Tag für Tag. Aus diesem ausufernden Informationsbedürfnis resultiert die Pflicht zu unablässigem «Reporting» für die Lehrer über ihr Tun und Lassen und über alles, was ihr Tun und Lassen bewirkt. Die Bürokratie zu diesem unablässig eingeforderten «Reporting» trägt längst kafkaeske Züge.

Dies umso mehr, seit die theoretischen Besserwisser auf den Funktionärsetagen in den Bildungsbürokratien den Schulen «individualisierten Unterricht» vorschreiben: Jeder Schüler soll sein eigenes Lerntempo wählen können. Der Lehrer als «Coach» liefert ihm zum richtigen Zeitpunkt die auf ihn zugeschnittenen Computerprogramme – bei ständigem «Reporting» darüber, was er vermittelt hat und was für Ergebnisse daraus entstanden sind. Denn Lernen – schreiben die Theoretiker vor – habe heute «selbstentdeckend», nach Lust und Laune der Schüler zu erfolgen.

Dies nicht bloss in individuellem Lerntempo, vielmehr auch nach individueller Begabungsstufe: Gute, schwache, leistungsbereite, faule, verhaltensgestörte, sprachlich grosse Defizite ausweisende Schüler, sie alle haben – die Gleichheits-Ideologie grassiert – im gleichen Schulzimmer unterrichtet zu werden, parallel aber individuell. Und zu allem ist «Reporting» vorgeschrieben.

Formularkrieger am Computer

Das kann den Lehrer, zum Stoffvermittler am Computer degradiert, wahrhaftig um jede Freude an seinem Beruf bringen: Formularkrieger statt Pädagoge!

Auch Elternkontakte sind reglementarisch einheitlich vorgegeben. Sie dürfen nicht stattfinden, wenn sie nötig wären. Sie müssen – in rascher Abfolge – stattfinden, wie es die zentralisierte Bürokratie vorschreibt. Und sie müssen auf Einheitsformularen detailliert rapportiert und eingespeichert werden.

All das auch noch im «Team-Teaching» (die deutsche Sprache scheinen die Bildungsbürokraten inzwischen vollständig verlernt zu haben), also in Viel-Lehrer-Klassen. Dazu braucht es Absprache-Sitzungen en masse. Selbstverständlich sind deren Verlauf und Ergebnisse ausführlichst zu protokollieren – genehmigungspflichtig: Bürokratie statt Unterricht.

Es ist diese unendliche Formular-Schwemme, die krebsartig auswuchernde Bürokratie und, damit verbunden, die Abwertung des Lehrers zum Computer-Coach, die Frust und Burnouts bewirken.

Und jetzt kommt noch der Lehrplan 21. Der «Reporting» verlangen will über den Fortschritt aller Schüler auf dem Weg zum Erreichen von rund 4750 Kompetenzen, die zu beherrschen der an Schreibtischen der Bildungsbürokraten entstandene Lehrplan 21 anordnet.

Die Schule wird zum Bürokratie-Tollhaus. Das Werk der Bildungsbürokraten treibt unablässig neue, die Volksschule vergiftende Früchte.

us

Churz&Bündig

Amnesty International hat genug von der Kritik der SVP an fremden Richtern und fremdem Recht. Die Menschenrechtsorganisation lanciert deshalb ein «Extrablatt», das jenem der SVP stilistisch aufs Haar gleicht. «Schützen wir unsere Freiheit» – mit diesen dicken Lettern auf der Titelseite will uns Amnesty das von internationalistischen Experten erlassene Völkerrecht anpreisen, während gleichzeitig die demokratischen Volksrechte verkauft werden sollen. Gerade Amnesty, welche sich stets für die Pressefreiheit und wahrheitsgetreue Berichterstattung einsetzt, verstösst mit dem manipulativen Vortäuschen eines falschen Absenders arg gegen eigens eingeforderte Prinzipien.

ok

Erfolgsrezept Wettbewerb

Aus aktuellem Anlass wird diese Kolumne dem Thema Fussball gewidmet. Die Schlussfolgerungen bleiben aber nicht auf den Sport beschränkt.

In den vergangenen sechs Jahren gab es nur eine Antwort auf die Frage, wer den Fussball europa- und weltweit dominiert: Spanien! Die Iberer gewannen die Europameisterschaften 2008 in der Schweiz und 2012 in Polen bzw. in der Ukraine. Ebenso gewannen sie die Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika. Spanien perfektionierte dabei die Taktik des «Tiqui-Taca». Zentral für diese Spielweise ist der hohe Anteil an Ballbesitz. Der Fokus wird auf das Kurzpassspiel gelegt. Auch Verteidiger nehmen am Angriff teil, sodass der Gegner einen grösseren Raum abdecken muss.

Doch allmählich lernte die Konkurrenz dazu und fand Mittel gegen das attraktive spanische Kurzpassspiel. Spanien machte seinerseits den Fehler, die Mannschaft nach drei Grossturnieren zu wenig mit jungen, neuen Kräften ergänzt zu haben. An der jetzigen WM folgte die Konsequenz: Bereits nach zwei Spielen in der Gruppenphase –

Unzensiert

1:5 gegen Holland und 0:2 gegen Chile – stand fest: Spanien ist ausgeschieden, die Mission Titelverteidigung gescheitert.

Fussball ist eben ein Wettbewerb: Wer eine innovative neue Taktik entwickelt, kann den Platz an der Sonne nicht allzu lange für sich allein beanspruchen. Er wird kopiert oder mit besseren Gegenmitteln ausgebremst. Wer sich auf den eigenen Lorbeeren ausruht, wird von der Realität eingeholt. Das Resultat des Wettbewerbs dient letztlich allen: Denn was gäbe es Langweiligeres als ein Turnier, bei dem der Sieger faktisch schon im Voraus feststeht?

Das Prinzip des Wettbewerbs beherrscht nicht nur den Fussball, sondern auch unsere Wirtschaftsordnung: Hier hält der Wettbewerb Unternehmer und Arbeitnehmer dazu an, täglich gute Leistungen zu erbringen, sich zu verbessern und die Konkurrenz zu überflügeln. Auch in der Wirtschaft nützt der Wettbewerb letztlich allen: Die höheren Umsätze der Unternehmen führen zu neuen Arbeitsplätzen und lassen die Steuereinnahmen steigen. Zudem können es sich die im Wettbewerb stehenden Wirtschaftsteilnehmer nicht leisten, durch Trägheit, Ineffizienz oder gar mittels Absprachen überteuerte Leistungen zu erbringen.

Im Fussball gelten ein paar mehr oder weniger einfache Grundregeln, an die sich alle zu halten haben. Im Übrigen wird im Wettbewerb die bessere Leistung belohnt. Das sollte sich auch die Politik zu Herzen nehmen: Der Staat hat nur die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsordnung festzulegen. Überdies soll die Eigenverantwortung der Bürger im Zentrum stehen, damit sich Leistung auch lohnt.

Patrick Freudiger

Schweizerzeit Büchertisch

BESTSELLER

Wolfgang Koydl

Die Besserkönner

Was die Schweiz so besonders macht

Der langjährige Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung» in der Schweiz beschreibt, charakterisiert und erklärt seiner deutschen Leserschaft den «Sonderfall Schweiz» – äusserst kompetent und höchst interessant. Sein Werk ist – insbesondere jetzt, nach den EU-Wahlen – auch für Schweizer mehr als nur lesenswert. Auch wegen zwei beeindruckenden Nachworten; das eine wurde verfasst von Christoph Blocher, das andere von Jean Ziegler. Und beide zollen dem Autor dieses bemerkenswerten Buches höchste Anerkennung.

Orell Füssli, Zürich 2014, 222 Seiten, brosch., Fr. 19.90

Barbara Rosenkranz

Wie das Projekt EU Europa zerstört

Eine überzeugte Europäerin rechnet ab …

Die Autorin ist österreichisches Mitglied des EU-Parlaments. Sie kennt den EU-Apparat von innen – und greift ihn mit aller Schärfe an, weil er Europa dem zerstörerischen Zentralismus unterwirft. Sie dokumentiert den verbissenen, bislang siegreichen Kampf der bürokratischen Zentralisten gegen General de Gaulles Idee eines «Europa der Vaterländer». Ein Sieg der Zentralisten, der die EU allerdings an den Rand des Abgrunds geführt hat.

Ares, Graz 2014, 144 Seiten, brosch., Fr. 22.90

Thilo Sarrazin

Der neue Tugend-Terror

Über die Grenzen der Meinungsfreiheit

Das dritte Buch von Thilo Sarrazin ist da – wiederum fast akribisch an Sachlichkeit orientiert. Im Zentrum steht der Kampf zwischen der veröffentlichten und der öffentlichen Meinung. Sarrazin zeigt eindrücklich, wie Medien und Politiker die Öffentlichkeit einschüchtern, indem sie Tatsachen, die sie nicht akzeptieren wollen, mit der «Moralkeule» aus der Diskussion ausschliessen. Anschliessend analysiert der Autor sorgfältig, warum gewisse, auf die Vernichtung angeblich «nicht korrekter» Kritiker bestimmter Entwicklungen zielende Medienkampagnen gelingen, warum andere – wie jene gegen ihn, Thilo Sarrazin selbst – aber auch scheitern können. Entstanden ist ein ebenso hervorragendes wie Beklemmung auslösendes Buch über Machenschaften zur Zerstörung der Meinungsfreiheit in Demokratien.

DVA, München 2014, 397 Seiten, geb., Fr. 33.90

Akif Pirinçci

Deutschland von Sinnen

Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer

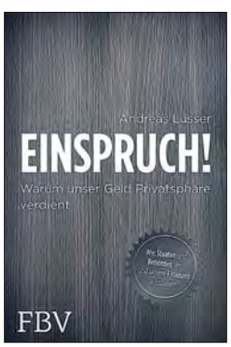
Eine schonungslose, ätzend freche, sich keinerlei Hemmungen auferlegende Auseinandersetzung mit den Funktionären jener moralisch-politischen Ansprüche, mit welchen als Gutmenschen getarnte Abzocker skrupellos die Steuern zahlenden Mitbürgerinnen und Mitbürger ausnehmen. Wobei sie – mittels im Namen von political correctness durchgesetzter Schweigepflicht – erhebliche Teile dieser moralisch diktierten Ablasszahlungen bedenkenlos ihren eigenen Taschen zuführen. Ein Buch für Leser mit starken Nerven.

Lichtschlag, Waltrop und Leipzig 2014, 276 Seiten, brosch., Fr. 26.90

Buchzeichen

Einspruch!

Ein eindrückliches neues Buch plädiert eindringlich für die Beibehaltung des Bankkundengeheimnisses und den Schutz der finanziellen Privatsphäre.



Der Aufschrei beim NSA-Skandal war gross. Nicht nur Menschen aus aller Welt, auch die Regierungen Europas protestierten lautstark. Andreas Lusser entlarvt in seinem lesenswerten Buch die Doppelzüngigkeit ebendieser Regierungen. Während diese sich vordergründig für den Schutz der Privatsphäre einsetzen, intensivieren sie in Wahrheit die Attacken gegen die finanzielle Privatsphäre.

Lusser zeigt auf bestechende Art und Weise, dass es bei der Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) nicht um ein Kräfteringen zwischen Staaten, sondern zwischen Staaten und ihren Bürgern handelt. Sensible Daten werden herrschenden Regierungen zur Verfügung gestellt und die Menschen sollen im Namen der «Steuergerechtigkeit» ihr Recht auf finanzielle Privatsphäre verlieren.

Lusser warnt: Diese Transparenz und Machtverschiebung hin zum Staat führe auf direktem Weg in einen neuen Totalitarismus. In seinem Buch zeigt er auf, warum das Bankkundengeheimnis primär dem Mittelstand und nicht den Reichen hilft, warum dessen Abschaffung die Steuerehrlichkeit nicht erhöht, warum FATCA mehr kostet als es nützt und warum Schwarzgeld als vorgeschobenes Thema herhalten muss. Lusser plädiert für einen Schlussstrich unter die immer grösser werdenden staatlichen Ansprüche und fordert eine Rückbesinnung auf das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat.

Eine hervorragende und kämpferische Lektüre, die nicht nur einen wertvollen Überblick über die finanzpolitischen Geschehnisse liefert, sondern auch dem schädlichen Aktionismus gewisser Politiker furchtlos trotzt.

ok

Andreas Lusser: «Einspruch! Warum unser Geld Privatsphäre verdient». FBV, München 2014, 142 Seiten, geb., Fr. 22.40

«Schweizerzeit»-Bücherdienst

Versandkosten

Für Sendungen bis Fr. 100.–: Fr. 8.–;

Sendungen über Fr. 100.–: versandkostenfrei.

Auslieferung und Fakturierung erfolgt durch:

Buch und Kunst Nievergelt in Zürich-Oerlikon

AKTUELL

Reinhard K. Sprenger

An der Freiheit des anderen kommt keiner vorbei

Dieses Buch vermittelt einen inspirierenden, prägnanten Überblick über das vielfältige, profilierte, konsequent an freiheitlichem Gedankengut orientierte Wirken und Schaffen von Reinhard K. Sprenger. Sprenger wird geleitet von der Überzeugung, dass jener Mensch die bemerkenswertesten Leistungen – für sich selber wie für die Öffentlichkeit – zu erbringen in der Lage ist, dem Freiheit gesichert wird und der seine Freiheit konsequent nutzt. Ein Buch, das in ganz Europa eine grosse Lesergemeinde gefunden hat.

Campus, Frankfurt / New York 2013, 286 Seiten, geb., ill., Fr. 25.40

Matthias Weik / Marc Friedrich

Der Crash ist die Lösung

Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten

Die Autoren nehmen kein Blatt vor den Mund: Die Ursachen der Finanzkrise und der Euro-Krise sind keineswegs beseitigt. Die Öffentlichkeit wird getäuscht durch das unablässige Jonglieren von Milliarden-Summen, die den Schaden indessen nicht mindern, vielmehr maximieren. Die Welt erlebt derzeit die grösste Insolvenz-Verschleppung in der Geschichte der Menschheit. Der Wohlstand der Menschheit ist bedroht. Ein Buch, das sowohl aufrüttelt als auch Wege weist.

Eichborn, Köln 2014, 381 Seiten, geb., ill., Fr. 29.90

Andreas Lusser

Einspruch!

Warum unser Geld Privatsphäre verdient

Die Alarmglocke schlägt: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf will Bargeld-Nutzung einschränken und das Bankgeheimnis auch gegenüber Schweizern eliminieren. Jeder Bürger soll ihrer akribischen Kontrolle unterworfen werden. Als lebten wir im Totalitarismus. Ein neues Buch bringt die Argumente gegen die Freiheitsberaubung, die von den Regierungen droht – auch in der Schweiz.

Finanzbuch, München 2014, 142 Seiten, geb., Fr. 22.40

Michael Morris

Der Gold-Krieg

Die Tatsachen liegen inzwischen auf dem Tisch: Der Goldpreis wird massiv manipuliert – damit die rettungslos überschuldeten Staaten ihre Geldproduktion per Notenpresse und ihre Zinsnullungs-Politik fortsetzen können. Ein Buch klärt auf, was da gespielt wird. Es macht auch deutlich, wer alles als Folge solch verantwortungsloser Politik geschröpft wird. Und es dokumentiert die Kräfte, die das Spiel bestimmen. Hochinteressant.

Amadeus, Fichtenau 2014, 245 Seiten, geb., ill., Fr. 30.40

Diogenes Rant

Verzockte Freiheit

Politiker und Finanz-Eliten setzen unsere Zukunft aufs Spiel

Die Überschuldungspolitik geht unverändert weiter – getarnt durch Währungsmanipulationen via Druckerpresse und Zinsnullungs-Politik. Beides Massnahmen, die solide Sparer schröpfen, verantwortungslose Verschwender aber ihrer Schuld zu entheben versuchen. Aber: Auch dieser Krug geht zum Brunnen, bis er eben bricht. Wie kann sich der Einzelne schützen vor den Folgen der verantwortungslosen Währungspolitik der Eliten?

Finanzbuch, München 2014, 196 Seiten, geb., Fr. 29.90

Annette Ranko

Die Muslimbruderschaft

Porträt einer mächtigen Verbindung

Der Nahe Osten ist in Aufruhr. Die Muslimbruderschaft spielt eine mitentscheidende Rolle – wird aber selbst von arabischen Kreisen, etwa in Ägypten, bekämpft, ja verfolgt. Wer steckt hinter der Muslimbruderschaft? Welche Ideologie verfolgt diese Kampf-Vereinigung? Welche Chancen, die Macht zu erringen, hat sie? Warum verursacht sie Konflikte bis hin zu Bürgerkriegen zwischen mächtigen arabischen Gruppen? Über diese und andere Fragen, die auch angesichts der Muslim-Einwanderung nach Europa für westeuropäische Länder von entscheidender Bedeutung sind, klärt ein neues Sachbuch kurz und prägnant auf.

Körber-Stiftung, Hamburg 2014, 163 Seiten, brosch., Fr. 22.90

Christian Geinitz

Chinas verborgene Schätze

Wie wir am nächsten Aufschwung mitverdienen

Je länger die Überschuldungspolitik im Westen wuchert, desto rascher verlagern sich politische und wirtschaftliche Schwerpunkte nach Fernost, insbesondere nach China. Auf was für Ressourcen kann China zählen? Welches ist die wahre Wirtschaftskraft des Riesenreiches, das schon heute den fernen Osten dominiert? Ein Sachbuch für jeden am Weltgeschehen Interessierten.

Frankfurter Allgemeine, Frankfurt 2013, 311 Seiten, geb., ill., Fr. 37.90

SCHWEIZ

Helmut Hubacher

Hubachers Blocher

Der langjährige SP-Präsident und weiterhin aufmerksame Beobachter der Schweizer Politszene zeigt seinem linken Polit-Anhang, wie rettungslos er sich mit der Diabolisierung Blochers verrennt. Beispielsweise im Fall Hildebrand habe Blocher nicht nur richtig, vielmehr wegweisend gehandelt. Der kritische Blick eines erfahrenen Linken auf Blochers Leistungsausweis ist wahrhaftig interessant – selbst dann noch, wenn sich auch Hubacher von eigener Polemik auf Kosten sachlicher Analyse fortreissen lässt.

Zytglogge, Oberhofen 2014, 227 Seiten, brosch., Fr. 29.–

Gerold Koller

Das Binntal

Exkursionen durch die Zeit

Wer je das Binntal im Wallis erwandert hat, vergisst diese Landschaft nicht mehr. Ein neues, sorgfältig gestaltetes Buch orientiert ausführlich und aus verschiedenen Blickwinkeln über die Geschichte, über die Entwicklung des Tourismus, über die Menschen und ihr Tun in diesem Tal mit seinem ganz besonderen Charakter – bezüglich Landschaft wie der darin wohnenden Menschen: Eine Welt, wie man sie auch in der Schweiz kaum mehr kennt.

hier und jetzt, Baden 2014, 343 Seiten, geb., ill., Fr. 49.–

Oskar Keller

Alpen – Rhein – Bodensee

Eine Landschaftsgeschichte

Ein Porträt von drei zusammenhängenden Landschaften und Landesteilen, die das Werden der Schweiz entscheidend mitgeprägt haben. Das Buch präsentiert nicht nur eine Fülle schöner Bilder, vielmehr auch eine sorgfältige Dokumentation über Entstehung, Struktur, Fruchtbarkeit und Nutzungsmöglichkeiten der Landschaft in den drei im Titel genannten Landesteilen. Ein Buch für Entdeckungsreisen in der Schweiz.

Appenzeller Verlag, Herisau 2013, 180 Seiten, geb., reich ill., Grossformat, Fr. 78.–

www.schweizerzeit.ch

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle gegen Rechnung (zahlbar innert 30 Tagen)

BESTSELLER

.... Expl. *Wolfgang Koydl* – Die Besserkönner	à Fr. 19.90
.... Expl. *Barbara Rosenkranz* – Wie das Projekt EU Europa zerstört	à Fr. 22.90
.... Expl. *Thilo Sarrazin* – Der neue Tugend-Terror	à Fr. 33.90
.... Expl. *Akif Pirinçci* – Deutschland von Sinnen	à Fr. 26.90

AKTUELL

.... Expl. *Reinhard K. Sprenger* – An der Freiheit des anderen …	à Fr. 25.40
.... Expl. *M. Weik, M. Friedrich* – Der Crash ist die Lösung	à Fr. 29.90
.... Expl. *Andreas Lusser* – Einspruch!	à Fr. 22.40
.... Expl. *Michael Morris* – Der Gold-Krieg	à Fr. 30.40
.... Expl. *Diogenes Rant* – Verzockte Freiheit	à Fr. 29.90
.... Expl. *Annette Ranko* – Die Muslimbruderschaft	à Fr. 22.90
.... Expl. *Christian Geinitz* – Chinas verborgene Schätze	à Fr. 37.90

SCHWEIZ

.... Expl. *Helmut Hubacher* – Hubachers Blocher	à Fr. 29.—
.... Expl. *Gerold Koller* – Das Binntal	à Fr. 49.—
.... Expl. *Oskar Keller* – Alpen – Rhein – Bodensee	à Fr. 78.—

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:
«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03,
E-Mail: buechertisch@schweizerzeit.ch

(12/27. Juni 2014)

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln.

Mythos Medienfreiheit

Verschleierung

Von Prof. David Dürr, Titularprofessor an der Universität Zürich

Beim Staat laufen alle Fäden der elektronischen Medienlandschaft Schweiz zusammen. Die Bevölkerung wird im Glauben gelassen, die Schweiz kenne so etwas wie Medienfreiheit. Dieser Irrglaube basiert auf Vertuschung!

Wer Radio und Fernsehen unter Kontrolle hat, beherrscht das Land. Das wissen despotische Staatschefs ebenso gut wie Putschgeneräle. Und auch der Bundesrat weiss das. Im Gegensatz zu jenen lässt er aber nicht unliebsame Fernsehjournalisten verhaften. Er geht behutsamer vor und verkündet zunächst sogar feierlich, dass Radio und Fernsehen unabhängig und die Autonomie der Programmgestaltung gewährleistet seien. So liess er es in die Schweizerische Bundesverfassung schreiben, die ja Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet und angenommen wurde.

Landesweites Monopol

Doch dann ging der Bundesrat mit seinem Parlament hin und erliess – ohne Mitwirkung des Volkes – ein sogenanntes Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG), in dem Erstaunliches steht. Nämlich das pure Gegenteil von Unabhängigkeit und Programmautonomie. So zum Beispiel jede Menge an Randbedingungen und Vorgaben für Fernseh- und Radioveranstalter: Was man senden darf und was nicht, dass es nicht allzu unschweizerisch sein dürfe, wie viel und welche Art von Werbung es geben dürfe, unter welchen Voraussetzungen Sponsoring zulässig sei usw., usw. Das riecht schon ziemlich nach staatlicher Bevormundung der Medien, ist aber noch nicht so dramatisch.

Wirklich dramatisch ist, was sonst noch in diesem RTVG steht, nämlich dass niemand als der Bundesrat selbst als Schweizerischer Fernseh- und Radioveranstalter auftreten soll, und dies mit landesweitem Monopol. Wörtlich so formuliert ist es zwar nicht, aber inhaltlich kommt es darauf hinaus: So zaubert das RTVG einen «verfassungsmässigen Programmauftrag» aus dem Hut, den man in der Verfassung vergeblich sucht, und erteilt diesen – na wem wohl? – sich selbst, dem Staat!

Ablenkungsmanöver

Damit man dies nicht gleich bemerkt, versteckt er sich hinter einem eigens dafür geschaffenen Vehikel mit dem Namen Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Zur Ablenkung gestaltet er es als Verein aus mit einer derart komplizierten Struktur, dass man komplett aus den Augen verliert, wer darin das Sagen hat.

Und das Sagen hat natürlich wieder niemand anders als der gleiche Bundesrat. Dies aus einem ganz einfachen und handfesten Grund, indem er nämlich so gut wie die ganze SRG finanziert. Natürlich versucht er auch dies zu verstecken, indem er nämlich das Geld nicht einfach aus den allgemeinen Steuereinnahmen des Bundes nimmt, sondern indem der SRG das Recht zur Erhebung eigener Steuern einräumt.

Geschenktes Geld

Und diese lässt sich nicht bitten. So einfach kommt man sonst nicht zu Geld. Normalerweise müsste man als Fernsehanbieter Werbung akquirieren oder freiwillige Sponsoren gewinnen oder Pay TV anbieten oder Spezialproduktionen verkaufen. Also alles Dinge, die mit Kundenzufriedenheit und unternehmerischer Anstrengung zu tun haben.

Wie viel bequemer ist es da, einfach Steuern auf Fernsehgeräten zu erheben, ob man mit diesen nun das SRG-Programm anschaut oder nicht. Einfach flat 462 Franken pro Jahr und Gerät. Und um auch dies noch zu kaschieren, wird diese Steuereintreibung in eine scheinbar private Inkassofirma ausgelagert mit dem etwas skurrilen Namen «Billag SA».

David Dürr

Diese Kolumne erschien erstmals in der «BaZ».

Geschlachtet

(Bild: «Schweizerzeit»)

In Bern schlachtete das Komitee «No Billag» zum Unterschriften-Sammelstart eine mit Gebührengeldern gemästete Billag-Sau. In Zukunft soll gemäss den Jungpolitikern aus Kreisen der JSVP und Jungfreisinnigen mit dem Gebühren-Diebstahl an der Bevölkerung Schluss sein. Zu einer freien Schweiz gehört eine freie Medienlandschaft. Jeder soll in Zukunft selber entscheiden können, wie viel er für seinen Medienkonsum ausgeben möchte. Den Unterschriftenbogen finden Sie unter: www.nobillag.ch.

Schweizerzeit MAGAZIN

Die «Schweizerzeit» am Fernsehen

Vom freien zum «gläsernen Bürger»

«Schweizerzeit»-Chefredaktor Ulrich Schlüer im Gespräch mit

Prof. Hans Geiger

Experte für Banken- und Finanzfragen

und

Nationalrat Gregor Rutz

Freitag, 27. Juni 2014, 21.00 – 22.00 Uhr

Wiederholung:
Sonntag, 29. Juni 2014
15.00 – 16.00 Uhr

gesendet von

Die Sendung ist aufgeschaltet ab Montag, 30. Juni 2014 auf www.schweizerzeit.ch

Schweizerzeit

IMPRESSUM

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
Redaktion: Postfach 23, 8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00, Telefax 052 301 31 03
E-Mail: redaktion@schweizerzeit.ch
Internet: www.schweizerzeit.ch
Chefredaktor: Dr. Ulrich Schlüer (us)
Mitarbeiter: Roland Burkhard, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Arthur Häny, Hans Kaufmann, Barbara Keller-Inhelder, Olivier Kessler, Hermann Lei, Anian Liebrand, Luzi Stamm,
Abschlussredaktion: Olivier Kessler
Inserate: H+H Concept, Hans-Peter Heer, Sunnenbergstrasse 64, 8447 Dachsen, Telefon 052 659 54 50, Telefax 052 659 54 51
E-Mail: info@h-hconcept.ch
Auflage gem. WEMF: 16 445 (1. Oktober 2013)
Druck: FRIDOLIN Druck und Medien, W. Feldmann AG, Hauptstr. 2, 8762 Schwanden
Einzelpreis: Fr. 3.50, erscheint vierzehntäglich
Jahresabonnement: mind. Fr. 70.– / Euro 60.–

Die nächste «Schweizerzeit» erscheint am

11. Juli 2014